



„Wir wollen keine kurzfristigen Trostpflaster“

Mehr Geld für Investitionen in Kommunen, Bildung, Kultur und Energiewende

Im Thüringer Landtag steht jetzt die abschließende Beratung des Doppelhaushalts für die Jahre 2013 und 2014 an. DIE LINKE will mit ihren Änderungsanträgen – 117 an der Zahl – mehr Geld für die Kommunen, für Bildung, Kultur und die Energiewende, ohne dass hierfür Kredite aufgenommen werden müssen. Das hat die Fraktion auf ihrer Haushaltsklausur am 9. Januar einstimmig beschlossen.

Bei einem Pressegespräch am Rande der Klausurberatung betonte Fraktionschef Bodo Ramelow vor dem Hintergrund der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen in Ostdeutschland die Notwendigkeit einer gerechten Steuerpolitik in der Bundesrepublik. „Nur über die Ausgabeseite wird der Landeshaushalt in Thüringen nicht zu konsolidieren sein.“ Und eine Verwaltungsreform muss jetzt schnell angegangen werden. Mit Blick auf solche CDU-Altlasten im Lande, wie die Spielbank und der Flughafen in Erfurt oder die Abwasserpolitik und das Landeserziehungsgeld, werden weitere Versäumnisse und falsche (Finanz-)Weichenstellungen des Landes deutlich.

Ein Schwerpunkt bei den Haushaltsberatungen ist die Kommunalfinanzierung. Die Linksfraktion sieht eine Erhöhung der allgemeinen Mittel für die Kommunen um 50 Millionen Euro jährlich vor. „Diese sollen dauerhaft wirken und kein kurzfristiges Trostpflaster sein“, sagte der finanzpolitische Spre-

cher der LINKEN, Mike Huster, und verwies auf weitere Anträge der Fraktion mit denen der Landeshaushalt umgeschichtet und die Investitionskraft der Thüringer Kommunen gestärkt werden soll. Flankierend zu den allgemeinen Mitteln soll daher die Finanzierung von Schulbaumaßnahmen um jährlich 15 Millionen Euro erhöht werden sollen. Aber auch für solche Landesprogramme, wie die Investitionsförderung an Theatern und Museen, in Sportstätten, für die Energiewende, den Öffentlichen Personennahverkehr und die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum, will DIE LINKE pro Jahr bis zu 15 Millionen Euro mehr ausgeben.

Neuer Finanzausgleich macht Verwerfungen deutlich

Die Schulsozialarbeit soll über die Jahre 2013 und 2014 hinaus durch Verpflichtungsermächtigungen auch in den Folgejahren verstärkt und die Jugendpauschale (wie es eigentlich auch im CDU-SPD-Koalitionsvertrag steht) um vier Millionen Euro erhöht werden. Der unbefriedigenden Situation an vielen Thüringer Schulen will die DIE LINKE mit höheren Anstrengungen bei Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern begegnen. Für diesen Bereich sind zusätzlich zehn Millionen Euro jährlich vorgesehen.

Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion, betonte in der Pressekonferenz, dass die Änderungsanträge der LINKEN „eine konkrete Ge-

genfinanzierung haben, die man auch nachprüfen kann. Wir verzichten auf globale Minderausgaben, wie sie die Landesregierung in Höhe von 50 Millionen Euro erneut plant“. Den neuen Kommunalen Finanzausgleich, den Minister Wolfgang Voß vorgelegt hat, nannte Frank Kuschel „ehrlich“, denn er mache die „Verwerfungen der kommunalen Strukturen in Thüringen deutlich“.

Die Landeszuweisungen machen 60 Prozent aller Einnahmen der Kommunen aus. Letztendlich bleiben ihnen nur 15 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel, um gestalten zu können. Wie Frank Kuschel hatten auch Bodo Ramelow und Mike Huster die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform für Thüringen angemahnt. Die gegenwärtigen Strukturen seien dauerhaft über steigende Zuschüsse aus dem Landeshaushalt nicht finanzierbar. Deshalb verstehe die Linksfraktion ihre Änderungsanträge auch als deutliches Signal für den Einstieg in eine Verwaltungs- und Gebietsreform auf Landes- und Kommunalebene.

„Erst dann werden wir uns mit dem neuen Finanzausgleichssystem beschäftigen“, hatte der Fraktionsvorsitzende gegenüber den Journalisten betont. Die LINKE werde ein umfassendes Mobilitätskonzept für Thüringen vorlegen, so Bodo Ramelow zu den langfristigen Vorhaben der Fraktion vor der Landtagswahl im nächsten Jahr. Auch ein „kompletter Bildungsplan“ gehört dazu. ■

KOMMENTIERT:

von Heidrun Sedlacik

An den Taten messen

Die SPD hat angekündigt, wenn sie nach den Bundestagswahlen in Regierungsverantwortung kommt, will sie eine Mietpreisbremse einführen und weitere mietrechtliche Schritte ergreifen. Jedoch könnte die SPD bereits jetzt beweisen, dass sie im Interesse der Mieterinnen und Mieter handeln will. Dazu braucht sie nur im Bundesrat die vom Bundestag beschlossene Mietrechtsreform stoppen. Denn die Kosten der energetischen Sanierung dürfen nicht einseitig auf die Mieter umgelegt werden.

Die Ankündigungen im von der SPD vorgelegten Strategiepapier sind nicht ausreichend. Eine ständige Erhöhung von Mieten, ohne dass Investitionen in das Mietobjekt erfolgten, kann nur verhindert werden, wenn auch bei einer Neuvermietung Mieterhöhungen ausgeschlossen werden. Der permanente Anstieg der Kaltmieten ohne Gegenwert für die Mieter ist die Haupt-Ursache für die ungebremste Steigerung der Wohnkosten in Ballungsgebieten, wie Jena, Weimar und Erfurt.

Die mit den Erhöhungen der Mieten verbundene Verdrängung von sozial schwächeren Mietern wird dann auch nicht durch die zu begründende Regelung zur Übernahme der Maklerkosten nach dem Bestellerprinzip aufgefangen. Bei diesem Thema ist auch zu erkennen, dass die Sozialdemokratie regelmäßig in Regierungsverantwortung die Interessen der Bürger vergisst.

Die SPD in Thüringen hatte im Dezember im Landtag einen entsprechenden Antrag für eine Bundesratsinitiative im Dezember abgelehnt. Dabei ist die SPD nicht nur in Thüringen in Regierungsverantwortung. Sie hätte solche Initiativen, wie sie sie jetzt ankündigt, längst starten können.

DIE LINKE unterstreicht: Die Versorgung mit preisgünstigem und gutem Wohnraum ist eine Daseinsvorsorge und gehört deshalb in die öffentliche Hand. Es dürfen keine weiteren Wohnungsprivatisierungen dürfen zugelassen werden. Es muss eine gesetzliche Mieterobergrenze festgelegt werden und das gilt auch für die Nebenkosten. Die Erhöhung der Miete allein schon wegen Mieterwechsels muss verboten werden. Wir unterstützen die Kampagne „Wohnen muss bezahlbar sein!“ und rufen auf, den Appell zu unterzeichnen.

<https://www.campact.de/Mieten-Aktion>

AKTUELL

Gipfel „Ausbildungspolitik“ gefordert

Angesichts alarmierender Informationen zur Zahl der Ausbildungsabbrüche in Thüringen verlangte die Ausbildungspolitikerin der LINKEN im Landtag, Susanne Hennig, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Ausbildungsbereich.

Am 10. Januar hatten sich im MDR die Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern in Thüringen besorgt über Ausbildungsabbrüche geäußert und auf eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Arbeitsagentur hingewiesen, wonach fast 30 Prozent der Lehrlinge ihre erste Lehre abbrechen.

Jedoch, so hieß es weiter, Lehrlinge und Kammern geben unterschiedliche Gründe für die Abbrüche

an. Während die Jugendlichen in der Studie vielen Ausbildungsbetrieben ein schlechtes Zeugnis ausstellen, sehen die Kammern die Gründe für einen Lehrabbruch eher bei den Azubis.

Allerdings räumen die Kammern Defizite in einigen Lehrbetrieben ein. Es sei nicht akzeptabel, wenn Lehrlinge ungenügend angeleitet werden oder wegen eines Auftrages im Lehrbetrieb Unterricht in der Berufsschule versäumen.

Susanne Hennig hatte die Meldung zum Anlass genommen, Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) aufzufordern, die Initiative zur Einberufung eines Thüringer Gipfels zur Ausbildungspolitik zu ergreifen. „Die Kammern haben völlig recht, wenn sie feststellen, dass wir die zahlreichen Ausbil-

dungsabbrüche nicht mehr hinnehmen können“, betonte die LINKE Landespolitikerin und forderte, dass Unternehmen, Gewerkschaften, Kammern und Azubis an einen Tisch geholt werden.

„Die Probleme haben vielfältige Ursachen: Mängel in der Ausbildungsqualität, in der Berufsorientierung, in vielen Fällen sicher auch weggefallene Fahrtkostenzuschüsse und Lücken in der sozialen Absicherung.“

„Hier muss die Politik ran!“, unterstrich die Abgeordnete und sagte: „Einerseits leiden Unternehmen unter Fachkräftemangel, andererseits gelingt es immer weniger Jugendlichen, ohne ‚Ehrenrunde‘ einen Berufsabschluss zu erreichen. Hier sind gemeinsames Überlegen und gemeinsames Handeln gefragt.“ ■